

effektiven will — der Bitte um Aufnahme in den Bund mit Bereitwilligkeit entgegenkommen. Von welchem Einflusse der Eintritt Badens in den norddeutschen Bund auf die nationale Bewegung in Württemberg, Rheinbaiern und Hessen sein würde, brauche ich nicht erst auseinander zu setzen; Volk und Regierung von Baden werden aber an den norddeutschen Bund in nächster Zeit die bestimmte Forderung um Aufnahme richten und die Aufgabe der gesammten Nationalpartei in ganz Deutschland geht dahin, diese Forderung mit dem Aufgebote aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zu unterstützen.“ Wir wollen abwarten, was geschieht; die Kammern in Baden treten ja in nächsten Tagen zusammen. — Der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, ist von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt; der Bundeskanzler Graf Bismarck beabsichtigt aber, vor dem Monat Dezember Barzin nicht zu verlassen. Es fragt sich nur, ob er nicht früher wird Gelegenheit finden, seinen vom preussischen Abgeordnetenhaus in die Enge getriebenen Kollegen zu Hilfe zu eilen. — Bekanntlich fand am letzten Reichstag ein Antrag auf Erlass bundesgesetzlicher Bestimmungen über Schadenersprüche von Privatpersonen bei nicht von ihnen verschuldeten Unglück fallen Annahme. Wenn auch noch Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Bergwerksunternehmer bezüglich dieser Haftpflicht besteht, so stellt die offizielle „Prov. Korresp.“ doch folgende Punkte als ganz zweifellos dar, nämlich: 1) daß die Haftpflicht durch ein allgemeines Berggesetz zu regeln sei, um der Ungleichmäßigkeit der gesetzlichen Einrichtungen in den verschiedenen Theilen des preussischen Staates und des norddeutschen Bundes ein Ende zu machen, und 2) daß die Verbindlichkeit der Unternehmer mindestens für allen durch ihre Bevollmächtigten und Beamten herbeigeführten Schaden unbedingt festzustellen sei. „Die Bundesregierung“ fügt das Blatt hinzu, „hat den Gegenstand ernstlich in die Hand genommen. Auch die einzelnen Bundesstaaten haben vorwiegend die Zweckmäßigkeit einer bundesgesetzlichen Regelung anerkannt, und zunächst wird der Justiz-Ausschuß des Bundesraths nähere Vorschläge für eine solche Regelung zu machen haben. Es steht daher zu hoffen, daß die hier in Betracht kommenden Fragen eine Lösung erhalten werden, welche den Interessen der Beteiligten und den Forderungen der Billigkeit genüge thut.“

Preußen. Die Herbstmanöver sind beendet und König Wilhelm traf am 19. d. M. wieder in Berlin ein. Kronprinz Albert von Sachsen wurde von ihm zum Chef des ostpreussischen Dragoner-Regiments Nr. 10 ernannt. — Wenn man vielfach Bewunderung darüber äußert, daß unter dem gegenwärtigen Könige, der doch als Prinzregent alles Mucker- und Heuchlerthum offiziell verdammt, der Ultramontanismus zu einer Blüthe sich entwickeln konnte, wie sie fast beispiellos in der Geschichte des preussischen Staates dasteht, so giebt die an die Behörden der Stadt Königsberg gehaltene Ansprache des Königs gewissermaßen den Kommentar zu dieser Erscheinung. Man wird sich noch der berühmten Gottesgnaden-Rede erinnern, welche der Monarch am 18. Oct. 1861 bei seiner Krönung gehalten. Diesmal äußerte er zu den Behörden: „Sie wissen, meine Herren, daß ich nur in besonderen Tagen meines Lebens und daher jedesmal auch mit bewegteren Gefühlen in dieser Stadt erschienen bin. Auf die schwere Zeit, die ich mit meinen königlichen Vätern hier verlebte, in welcher anbei auch gleichzeitig die Regeneration des Staates begann, folgten die Großthaten der Befreiungskriege, an denen diese Provinz einen so hervorragenden Antheil genommen. Im Gegensatz zu diesen ernsten und schweren Tagen, die ich damals hier verlebte, sollte dann ein Akt meines Lebens folgen, der die höchsten und bedeutungsvollsten Symbole irdischen Regiments in meine Hand legte, so daß ich die Krone vom Altare des Herrn nehmen und sie als Zeichen, daß eine Krone, aus Gottes Gnade stammend, zum Segen des Volkes zu werden bestimmt ist, mir auf das Haupt setzen konnte.“ Wenn die den Anschauungen des Mittelalters angehörende Aeußerung: „Die Krone sei vom Tische des Herrn“ schon im Jahre 1861 Heiterkeit erregte, so klingt sie jedenfalls nach den Depositionen und Annexionen des Jahres 1866 noch viel wunderlicher; aber sie erklärt auch gleichzeitig das üppige Buchern jener religiösen Richtung, die ihre Knal's und Stephan's erzeugte. — Wie es heißt,

geht dem Landtage ein neues Unterrichtsgesetz zu, welches u. A. auch die Aufhebung der Universitäts-Schlichtbarkeit ausspricht, oder letztere vielmehr nur auf innere Disziplinar-Angelegenheiten beschränkt — Sämmtliche Besitzungen des kürzlich verstorbenen letzten Sprossen des Fürstenhauses Hohenzollern-Hechingen gehen an den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen über, der sich nunmehr Fürst von Hohenzollern nennt. — Bei den Ergänzungswahlen zum Abgeordnetenhaus für den ersten und zweiten schleswig-holsteinischen Wahlbezirk sind beide frühere Abgeordnete, Krüger und Ahlmann, wieder gewählt worden.

Baden. Der österreichische Reichskanzler Graf Beust traf auf seiner Reise nach der Schweiz am 15. d. M. in Baden-Baden ein und wurde von der dort weilenden Königin Augusta von Preußen zur Tafel gezogen.

Oesterreichisch-Ungarische Monarchie. In nächster Zeit werden jedenfalls die Verhandlungen des galizischen und böhmischen Landtags viel Interesse bieten, denn beide ringen nach derjenigen Selbständigkeit ihrer Länder, wie sich Ungarn solcher erfreut. Die Sprache der tschechischen Organe wird immer dreister und rücksichtsloser, wie dies beispielsweise aus folgender Stelle eines Artikels im „Narodni Listy“ hervorgeht:

„Wir sprechen es hier in aller Ehrfurcht vor dem Herrscher aus, daß die Unterschriften Sr. Majestät auf Staatsurkunden uns gar nicht imponiren, wofern diese Urkunden nicht mit dem Staatsrechte der böhmischen Krone und mit den natürlichen Rechten unserer Nation übereinstimmen.“ Im weiteren Verlaufe des Artikels wird davon gesprochen, daß der Herrscher der bisherigen „Unordnung“ in der österreichischen Monarchie und der böhmischen Krone ein Ende machen müsse, und daß ohne „Diktirung“ der gegenwärtige „politische und staatsrechtliche cisleithanische Unsinn“ nicht aufgehoben werden könne. Etwas weiter wird dann die Verfassung eine „Diktirung“ der schärfsten Art, ein nationaler Absolutismus an Stelle des dynastischen genannt und werden dazu die Worte hinzugesetzt: „Und wenn auf dieser Verfassung die Unterschriften aller Herrscher der Welt sich befänden, der böhmischen Nation würde sie nicht imponiren; das böhmische Volk wird hierdurch nicht überzeugt sein, daß sie für dasselbe rechtsverbindlich sei; die böhmische Nation fühlt sich durch sie bedrückt und wird sie nie anerkennen.“

Das in mehreren Blättern aufgetauchte Gerücht, wonach Dr. Giskra über den Kopf des Reichskanzlers hinweg Verhandlungen wegen gänzlicher Aussöhnung mit Preußen angeknüpft habe, wird von offiziellen Blättern als pure Erfindung bezeichnet. — Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Statthalter wegen Erwirkung von Landtagsbeschlüssen, im Interesse direkter Reichsrathswahlen. Dasselbe Blatt veröffentlicht ferner ein an den Kaiser gerichtetes Schreiben des Erzherzogs Albrecht, betreffend die Widmung von 110.000 Gulden als erstes Gründungskapital zu einem Darlehnsfonds für unbemittelte Offiziere; weitere Beiträge werden in Aussicht gestellt. Durch kaiserliche Entschliebung sind die bezüglichen Statuten genehmigt worden.

Schweiz. Die Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte ist am 18. d. M. im Nationaltheater zu Innsbruck eröffnet worden. Der Statthalter, Geh. Rath Lasser, begrüßte die Versammelten Namens der Regierung, der Bürgermeister Namens der Stadt. Professor Helmholtz (Heidelberg) hielt unter dem lebhaften Beifall der Versammlung die Eröffnungsrede. — Am 15. d. M. ist die internationale Gotthard-Konferenz unter dem Vorsitze des eidgenössischen Bundes-Präsidenten Welti im Bundespalais in Bern zu einer ersten Sitzung zusammengetreten, welche, rein formeller Natur, nur eine Stunde dauerte, da sie nur der Konstituierung der Versammlung gewidmet war.

Franzreich Mit der Gesundheit des Kaisers geht es entschieden besser, obgleich das französische Landvolk behauptet, Napoleon sei schon seit einem Monate todt und man verheimliche sein Ableben nur aus dem Grunde, „um dem kaiserlichen Prinzen durch allerhand Uebergangsmittel die Thronfolge besser zu sichern.“ Das ist nun allerdings sehr lächerlich, denn in heutiger Zeit und